

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Backwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erstausgabe jeden Donnerstag 8 1/2 Uhr
Redaktionsstättig Montag morgen 10 Uhr

Abonnementspreis pro dreizehnpenniger Postzeitung 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Der Krieg kostet uns noch jeden Tag Opfer. Deshalb hat jeder Kollege und jede Kollegin die doppelte Pflicht, am Ausbau der Organisation tatkräftig mitzumachen. Werbt Mitglieder!

„Es nützt ja doch nichts...“

Wer hat diesen Ausspruch noch nicht gehört? Wenn diese Worte noch nicht in die Ohren geklungen, obwohl sie ein blanker Unsinn sind. Unsinn? Jawohl. Ein spiegelblanker Unsinn, der unserer Kulturentwicklung schon mehr geschadet hat als irgend etwas. Denn dieser Satz enthält die Verneinung jeden Fortschritts, die Enthaltensamkeit und Entfugung von irgendwelcher nützlichen Tätigkeit; er ist ein trauriges Bekenntnis zur Faulheit und Untätigkeit in dem Sinne phlegmatischer Orientalen, die ja auch vielfach der Meinung sind, alles komme von selbst, ohne menschliches Zutun, und niemand könne seinem Glück oder Unglück entgegengehen.

Wäre das bequeme Wort „Es nützt ja doch nichts“ Allgemeinansicht, dann stände sofort jeder Fortschritt still. Denn wenn die Menschheit dieses gemütsgefährliche Schlagwort als Allgemeinparole herausgeben und dementsprechend handeln würde, dann wäre es vorbei mit aller Kulturentwicklung. Lehren uns doch die Taten unserer größten Geister das Gegenteil, zeigt uns doch tagtäglich der Fortschrittsgeist, daß „es doch etwas nützt“. Wo wären wir, wenn seit jeher alle Menschen nach diesem schädlichen Sprichwort gehandelt hätten getreu der vorgefaßten Meinung, daß jeder Versuch zur Besserung der Lebensmöglichkeiten und damit der Aufstieg zu höherer Entwicklung, zu vervollkommener Technik vergebliches Mühen sei, daß es „nichts nütze“, und daß es deshalb richtiger sei, im alten Trost dahinzudämmern und alles beim alten zu belassen! Wir hanjten noch heute wie die menschlichen Höhlenbewohner zur Urzeit, Heideten uns in Felle, nagten an Wurzeln und fräßen Kräuter, Waldfrüchte und das rohe Fleisch des Wildes...

Und doch hat dieses verhängnisvolle Wort — seien wir gerecht! — in einem bestimmten Falle Sinn und Berechtigung. Es nützt nämlich wahrhaftig nichts, wenn jeder untätig und gleichgültig die Hände in den Schoß legt und sagt: „Es nützt ja doch nichts“. In diesem einzigen Falle trifft das Wort zu, natürlich nur für den, der dem Untätigen sagt, daß dessen Untätigkeit keinen Nutzen stiften könne, daß sie sinnlos und zwecklos sei und zu nichts führt, höchstens zu einem permanenten Schlaf- und Dämmerzustand. Dem aber soll jeder, der mit hellen Menschenaugen in die Welt blickt und vorwärts strebt, der an seinem Schicksal so mancherlei auszuforschen hat und es deshalb besser möchte, in weitem Bogen aus dem Wege gehen. Und damit kommen wir auf jenes Gebiet, wo uns der berühmte Ausspruch: „Es nützt ja doch nichts“ leider schon recht oft in die Ohren geklungen hat, nämlich auf das weite, fruchtbare Gebiet der gewerkschaftlichen Werbetätigkeit!

Wie oft trifft man Kollegen oder Kolleginnen, die auf das Erziehen, sich der Gewerkschaft anzuschließen, die griechische Antwort parat haben „Es nützt ja doch nichts, das hat ja alles keinen Zweck“. Welche Müdigkeit, welche Hoffnungslosigkeit, aber auch welche barnierte Gleichgültigkeit und strafwürdige Faulheit — abgesehen vom Unsinn — liegt in dieser ablehnenden Antwort! Da packt einen der Menschheit ganzer Jammer und es hält schwer, gegen diese dicke Mauer der Denkfaulheit mit den Waffen gesunder Menschenberaubung anzukämpfen. Und wenn du diesem Menschen dreimal erklärst an der Hand unruhiger Bewegungen, daß die Gewerkschaft schon viel genützt hat, daß sie die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt, viele Not ge-

lindert, das Wissen der Menschen gehoben, ihr Selbstbewußtsein geweckt, und wenn du zahlenmäßig nachweist, um wie viele Groschen sich seit Bestehen der Gewerkschaft der Lohn gehoben und wie sich durch den wohlthätigen Einfluß der Gewerkschaftsmacht doch so vieles gebessert hat — oft wirst du trotz alledem und alledem vergeblich reden und der Unfehlbare wird dir in seiner erhabenen Unnahbarkeit antworten: „Es nützt ja doch nichts...“

Das ist dann hart und betrübend. Glaubt aber ja nicht, daß ein solcher Kollege selbst glaubt, was er auch sagt. Denn das wäre eine Verwechslung und Verdrehung aller Vernunftbegriffe, die unfassbar wäre. Ach nein, er sieht schon ein, daß es doch wohl „etwas nütze mag“. Aber er will es nicht zugeben. Er muß seinen „Grund“ haben für den Weiterhals des Uninteressierten, er möchte um keinen Preis

Am 1. Juli tritt die neue Beitragsregelung in Kraft. Deshalb jetzt keine Beitragsstelle, damit Ende Juni jedes Mitgliedsbuch vollständig in Ordnung ist.

durch die ihm lästig fallende Gewerkschaftstätigkeit — nota bene weil es auch einige Groschen Beitrag erfordert — die phlegmatischen Kreise seiner stumpfen Denkfaulheit gestört wissen. Dünkt es doch manchem so wunderbar schön, gedankenlos dahinzudämmern zu können in seines Nichts durchbohrendem Gefühl, wenn das auch nichts nützt und den Menschen dem Zustande des genügsamen Esels näher, das schon froh sein S-B erschallen läßt, wenn es Dippelkopie fressen kann...

Das böse Wort: „Es nützt ja doch nichts“ will eben immer noch nicht aussterben. Immer noch feiert dieser blühende Unsinn seine zweifelhaften Triumphe. Er pflügt sich dabei auf die vielen Menschen angeborene Faulheit im Denken und Handeln. Aber eine größere Seltenheit ist das Wort dank der fortschreitenden Aufklärung dennoch geworden. Warum? Weil unsere gewerkschaftliche Tätigkeit revolutionierend auch auf die Geister wirkt. Weil unsere gewerkschaftlichen Erfolge nach und nach viele der bisher Untätigen aufgerüttelt und sie in den frisch pulserenden Kreislauf der Gewerkschaftstätigkeit mit hineingerissen haben. Sie haben erkannt, daß es „dennoch etwas nützt“ und ihr Geist ist heute dank dem heilsamen Einfluß der gewerkschaftlichen Betätigung so regsam geworden, daß sie die Gewerkschaft nie wieder missen möchten.

Und wenn uns nun bei unserer Werbearbeit für unsern Verband der Bäcker und Konditoren immer noch hin und wieder das Wort „Es nützt ja doch nichts“ entgegen gemurmelt wird, dann wollen wir lebhafter denn je dieses Wort auf seinen ihm innewohnenden baren Unsinn zurückführen. Wir wollen den Nachfahren veralteter fatalistischer Ansichten immer wieder sagen und beweisen, daß es doch etwas nützt. Wir werden ihnen immer wieder sagen, daß es ihre Pflicht ist, selbst Hand ans Werk zu legen, um das eigene Schicksal zu schmieden zu ihrem eigenen Wohlergehen und zum Gelingen der Gesamtbewegung, daß es ihre Pflicht ist, sich dem Verbands als tätiges Mitglied anzuschließen,

um vereinigt das zu erstreiten, was dem einzelnen zu erringen unmöglich ist!

Diese Ermahnungen werden erfreulichen Nutzen stiften und wiederum zur Verminderung der Zahl jener denkfaulen, untätigen Sonderlinge beitragen. Und das ist ein vorzüglicher Beweis dafür, daß auch unsere Werbetätigkeit etwas nützt und daß es nichts nützt, zu sagen, es nütze alles nichts!

Die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Die Nummer 78 des „Reichsgeheftblattes“ enthält die am 29. Mai vom Bundesrat erlassene Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918. Die neue Reichsgetreideordnung unterscheidet sich von der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 nur unwesentlich. Diese hat sich in der Praxis bewährt; insbesondere hat die Übertragung der Bewirtschaftung von Futtergetreide und Hülsenfrüchten auf die Reichsgetreidestelle den an sie gemüßten Erwartungen entsprochen. Die Vorschriften der vorjährigen Reichsgetreideordnung konnten daher im allgemeinen auch für das neue Wirtschaftsjahr beibehalten werden; vor allem ist an dem bisherigen System der Bewirtschaftung festgehalten worden.

Von wichtigeren Neuerungen seien folgende hervor gehoben:

Zunächst sind Mais und Lupinen in die neue Reichsgetreideordnung einbezogen worden. Bei der Knappheit der Lebensmittel muß grundsätzlich darauf hingewirkt werden, den Mais, dessen Anbau in Deutschland sich im Kriege erheblich vermehrt hat, zur menschlichen Ernährung heranzuziehen und ihn ebenfalls durch die Reichsgetreidestelle bewirtschaften zu lassen. Ferner sind mit Erfolg Versuche gemacht worden, die Lupinen nach Entfitterung zur menschlichen Ernährung zu verwerten. Die Bewirtschaftung der Lupinen durch die Reichsgetreidestelle ist daher ebenfalls erforderlich. Da die Reichsgetreideordnung erst mit der Demmung vom Boden eintritt, wird die Verwendung von Lupinen zur Grünbindung durch ihre Einbeziehung in die Reichsgetreideordnung nicht berührt. Die Grünfütterung von Mais und Lupinen bleibt nach wie vor zulässig.

In Anlehnung an die Brotgetreideverordnung vom Jahre 1916 werden die zur Ernährung der Selbstverfolger und zur Bestellung der Grundstücke den Landwirten zu belassenden Mengen in der neuen Verordnung selbst genannt. Die Sätze entsprechen im allgemeinen denen des Vorjahres. Hinsichtlich der zur Fütterung bestimmten Mengen erschien es zweckmäßig, die Festsetzung dem Reichsminister zu überlassen, die im August getroffen werden wird.

Zur früheren Erfassung der Früchte hat es sich als münchenswert herausgestellt, daß die Verpflichtung, eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle zu unterhalten, die bisher nur für die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände bestand, künftig auf alle Kommunalverbände ausgedehnt wird.

Die Geschäftsführung der Reichsgetreidestelle wird dadurch besonders erspart, daß am Ende des Wirtschaftsjahres die Zahl der von ihr zu versorgenden Bezirke durch den Zuwachs der Selbstbewirtschafteter wächst. Daher ist eine Beschränkung des Rechts der Selbstwirtschaft auf solche Kommunalverbände erfolgt, die nach den Erfahrungen der Wirtschaftsjahre 1916 und 1917 mit ihrer Brotgetreideernte ihre Bevölkerung wenigstens bis zum 15. Juni 1919 ernähren können.

Die übrigen Neuerungen sind überwiegend technischer Natur.

Anleitung zur Sauerteigführung für Kriegsbrot.

Mitteilung aus der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung (Von der Versuchsanstalt uns zum Nachdruck freigegeben.)

Nachstehend wird eine Anleitung zur Führung des Sauerteiges bekanntgegeben, bei deren Einhaltung ein gutes Brot zu erwarten ist. Die nachfolgende Anleitung ist nicht als ein in den Zahlenangaben unbedingt einzuhaltenes Rezept aufzufassen, sondern soll nur Richtlinien dar-

halten. Der Sachverhalt des Praktikers bleibt es überlassen, die Führungen dieser Anleitungen seinem Betrieb anzupassen.

Die Führung sind für Betriebe mit täglich einem Schuß Brot und für solche mit zwei Schuß Brot angegeben. Die können gleichmäßig für mehr Schuß Brot durchführbar werden. Für die Temperatur des Wassers sind abzüglich nur allgemeine Bestimmungen wie „lau“, „kalt“, „warm“ gewählt, weil je nach der Lufttemperatur und der Mehltemperatur die zählenmäßige Strömung der Wasserströmung verschieden sein wird. Als Temperatur des Mehles ist diejenige gedacht, die das Mehl nach wenigstens vier- undzwanzigstündigem Aufenthalt im Backraum angenommen hat.

Zählenmäßig ist nur die Endtemperatur der einzelnen Sauerteige und des Endteiges angegeben. Es ist wünschenswert, mit dem Thermometer nachzuprüfen, ob diese eingehalten sind.

Für die Führung zu täglich einem Schuß Brot sind zwei Anleitungen gegeben, die eine mit einer Führung des Backofens über Nacht, die andere mit einer Führung des Backofens über Nacht.

Die Angaben über die Backermengen sind zu behalten, daß sich etwa eine Teigesauerteig von 161 ergibt. Wenn durch Wechsel der Humidität oder durch trocknere oder feuchere Beschaffenheit des Brotmehles eine andere Teigesauerteig notwendig ist, so ist die für die Herstellung des Teiges angegebene Wassermenge entsprechend zu ändern. Das Brot ist mit knapper Gare zu ziehen.

Führung für täglich 1 Schuß zu 56 Broten. Grunddauer über Nacht.

Backofen mittags 11 Uhr 05 kg reifer Backofen

Backofen 12 11 Wasser (lau), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 27°C

Backofen abends 6 Uhr 31 Wasser (kalt), Mehl Backofenwärme, feiter Teig von 18°C

Backofen früh 7 Uhr 14 Wasser (lau), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 28°C

Teig mittags 11 Uhr 30 1 Wasser (warm), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 35°C

Vom reifen Backofen 05 kg abnehmen ufi.

Backofen über Nacht.

Backofen früh 7 Uhr 05 kg reifer Backofen

Backofen 7 11 Wasser (lau), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 27°C

Backofen mittags 11 Uhr 41 Wasser (lau), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 28°C

Backofen abends 6 Uhr 13 1 Wasser (kalt), Mehl Backofenwärme, feiter Teig von 18°C

Teig früh 7 Uhr 30 1 Wasser (warm), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 35°C

Vom reifen Backofen früh 7 Uhr 05 kg ufi.

Führung täglich 2 Schuß zu je 56 Broten.

Backofen mittags 11 Uhr 1 kg reifer Backofen

Backofen 11 31 Wasser (lau), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 28°C

Backofen abends 6 Uhr 17 1 Wasser (kalt), Mehl Backofenwärme, feiter Teig von 18°C

Teig früh 7 Uhr 32 1 Wasser (warm), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 35°C

Zum zweiten Schuß.

Backofen früh 7 Uhr 12 kg reifer Backofen

Backofen 7 15 1 Wasser (lau), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 30°C

Teig mittags 11 Uhr 29 1 Wasser (warm), Mehl Backofenwärme, normaler Teig von 35°C

Zum nächsten Tag.

Backofen mittags 11 Uhr 1 kg reifer Backofen ufi.

Leitung der Steuerungsanlagen in den Großbetrieben.

Wolke des Scheiterns der Unterhandlungen vor dem Fortgang auf Erhöhung der Steuerungsanlage sind im Einverständnis des Verhandlungsorgans unsere Mitglieder in den Gewerkschaften an die heranzutreten. Soweit uns nur Mitteilungen vorliegen über die zum Abschluß gelangenden Unterhandlungen wollen wir hier das Ergebnis veröffentlichen:

Die Konsumgenossenschaft „Hausbau“ in Weibert gewährte in Unterhandlungen eine weitere Zulage um 10 p. auf die bestehenden Löhne.

Hannover und Hameln erhöht die bisherige Steuerungsanlage um 10 p.

In der Genossenschaftsbäckerei „Lieber“ erhielten die Arbeiter A 4 und die Arbeiterinnen A 2 pro Woche mehr. Der Konsumverein in Hildesburg erhöhte die Zulage ebenfalls um A 5.

In Hildesheim wurden den händlichen Bäckern A 3 pro Woche zugelegt. Dort stehen wir noch in Unterhandlungen, daß diese Zulage an alle Beschäftigten zu erfolgen hat.

Der Konsumverein in Wandschlag bewilligte eine weitere Zulage von A 4,20 pro Woche.

Der Allgemeine Konsumverein in Stendal erhöhte die Steuerungsanlage um 5 p.

Im Konsumverein Schwärze wurde die Zulage für die Arbeiter von A 16 auf A 25 und für die Arbeiterinnen von A 25 auf A 36 monatlich erhöht.

Der Konsumverein in Eschberg erhöhte die bestehenden Zulagen um 16 p.

In Krackow wurden die bestehenden Zulagen um 75 p. erhöht.

In Hildesheim gewährte den Löhnen A 9 und den Arbeiterinnen A 13 pro Monat höhere Zulagen.

Im Konsumverein H. S. Bremen wurde, vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates, die Vereinbarung auf Erhöhung um 12 1/2 p. getroffen. Der Verein in der Neu-Genossenschaft Deutscher Konsumvereine nicht angeschlossen, hat aber den Reichsrat anerkannt.

Das erste große Anzeichen der Unterhandlungen besteht aus den Kollegen, daß die Unterhandlungen nach in der Sache sind, und es keine Aussicht, die gestellten For-

derungen zur Annahme zu bringen. Beide finden jedoch die Mitglieder in vielen Gewerkschaften es nicht für notwendig, uns von dem Stand der Bewegung auf Beschaffung der Steuerungsanlagen Nachricht zu geben. Für eventuelle später stattfindende Unterhandlungen über eine zentrale Regelung ist es aber dringend notwendig, daß wir auf dem laufenden gehalten werden. Nur dann kann eine einheitliche Regelung den Wünschen aller entsprechen, wenn wir von dem bisher Erreichten unterrichtet sind.

Forderungen der Sozialdemokratie.

Der Wilmshanger Parteitag hat den Parteivorstand mit der Berufung einer Kommission beauftragt, die den Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auszuarbeiten und den Parteinständen zur Beschlußfassung vorlegen soll.

Der Parteivorstand ist diesem Beschluß des Parteitages nachgekommen und der von der Kommission ausgearbeitete Entwurf wird jetzt zur Diskussion gestellt.

Auch unsere Kollegenschaft darf sich nicht der Pflicht entziehen, an der Prüfung und Durchführung solcher Aufgaben teilzunehmen, und wir geben deshalb die hauptsächlichsten Punkte des Aktionsprogramms wieder. Es soll natürlich nicht, wie von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei noch ausdrücklich bemerkt wird, das gesamte Parteiprogramm aufheben, sondern nur ergänzen, in der Tagespresse wird aber heute schon darüber debattiert, ob die Ergänzung nicht an wichtigen Fragen, besonders der Agrarfrage, vorbegegangen ist, oder — auf der anderen Seite — ob sie nicht zu weit geht und grundsätzliche Forderungen des Erfurter Parteiprogramms über den Haufen werft.

I. Politische Forderungen.

Die Erfahrungen des Krieges haben neue Beweise für die Notwendigkeit der demokratischen Durchbrechung des Staates, das heißt für die Volksherrschaft erbracht. Zur Durchführung der Volksherrschaft ist erforderlich, daß das Volk entscheidenden Einfluß auf den Reichstag, die einzelstaatlichen und kommunalen parlamentarischen Vertretungen erlangt und diese wieder auf die Regierungsgewalt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher:

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom zwanzigsten Lebensjahre an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl;

Entscheidung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichstanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben; Entscheidung des Reichstages über Krieg und Frieden sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten;

Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volkshoch, beginnend mit der Verabreichung der Dienstzeit;

Beilegung der Geheimdiplomatie;

Schließung internationaler Rechtsorganisationen (internationaler Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte usw.);

völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht; Beilegung aller Ausnahmegerichte;

volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz;

Angleichung des Erziehungsmaßes mit dem Ziel der Vereinfachung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen.

II. Forderungen für den Übergang zur Friedenswirtschaft.

Zur Verhinderung schwerer Wirtschaftskrisen fordert die Sozialdemokratische Partei planmäßige Ueberleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, insbesondere vorläufige Beibehaltung der Lebensmittelrationierung und der Höchstpreisfestsetzungen, ferner die nach Friedensschluß für die ausreichende Versorgung der mangelbemittelten Volksschichten mit den erforderlichen Nahrungsmitteln als nötig erweist.

Organisation der Lebensmittelleitung, des Rohstoffbezuges und der Rohstoffverteilung sowie des Exportes unter staatlicher Leitung und Aufsicht; baldigste Hebung des jetzigen Standes der deutschen Rohstoffe im Ausland durch geeignete handelspolitische und finanztechnische Maßnahmen.

Ferner ist zur Sicherung einer möglichst ungehemmten Lebensmittelleitung und Rohstoffzufuhr der gesamte deutsche Reichsgebiet einschließlich der Binnenwirtschaft unter Aufsicht des Staates zu stellen, dem ein gewisses Bestimmungsrecht über den Frachtdienst, die Frachtrouten und den Laderaum der Handelsflotte einzuräumen ist.

III. Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege.

Damit eine plötzliche Ueberfüllung des Arbeitsmarktes sowie Lohnrückgang und Arbeitslosigkeit nach dem Kriege vermieden werden, fordert die deutsche Sozialdemokratie: Staat- und Gemeinde haben Sorge zu treffen, daß die zur Entlassung aus dem Kriegsdienst gelangenden Arbeiter und Angestellten möglichst in den Industrie- und Handelsbetrieben ihres Berufszweiges untergebracht werden und zu diesem Zweck die Arbeitsvermittlung planmäßig organisiert wird. Können die Betriebe eines Gewerbezweiges aus Mangel an Rohstoffen, technischen Mitteln oder aus irgendwelchen andern Gründen die Arbeit nicht in vollem Umfang wieder aufnehmen, so dürfen die Arbeiter und Angestellten aus diesem Grunde nicht länger bei der Fabrik zurückgehalten werden. Den entlassenen Betriebsmitgliedern sind auf mindestens einen Monat die ihnen und ihren Familien gewährten Bezüge und Unterstützungen weiter zu zahlen. Durch Anagnosemaßnahmen des Staates und Gemeindeförderung ist für ausreichende Beschäftigung zu sorgen. Ferner sind die Maßnahmen den Arbeitlosen selbst unter Berücksichtigung des Berufs zumutende Arbeit zu schaffen, so in ihren nach Ablauf dieses Monats eine angemessene Arbeitlosenzulage aus Reichsmitteln zu gewähren.

IV. Bekämpfung der Arbeiter an der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes.

Da die Organisation der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes keine besondere Angelegenheit der Arbeiter ist, noch der staatlichen Verwaltung ist, sondern eine Angelegenheit aller am Wiederaufbau der Volkswirtschaft interessierten Volksschichten ist, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, daß in dem Reichswirtschaftsrat, in den Arbeitsämtern und in den Arbeitsvermittlungstellen die deutsche Arbeiterschaft nicht nur in Vertretung, sondern auch bei der ganzen organisatorischen Anbahnung des Wirtschaftsbetriebes eine entsprechende Vertretung erhält.

Des weiteren fordert die deutsche Sozialdemokratie, daß der deutschen Arbeiterschaft durch die Errichtung von Arbeitskammern eine gleiche Vertretung ihrer Interessen und gleiche offizielle Befugnisse eingeräumt werden, wie sie Handel, Gewerbe und Landwirtschaft in den Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern besitzen.

V. Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsverhältnisse.

Da die schon während der Kriegszeit in Industrie, Handel und besonders im Bankgewerbe hervorgetretenen Konzentrations-, Verschmelzungs- und Kartellierungsbestrebungen vorwiegend nach Friedensschluß eine weitere Steigerung erfahren und zu einer Vermehrung monopolistischer Wirtschaftsgebilde führen werden, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Soweit die wirtschaftliche Entwicklung bereits bestimmte Privatmonopole geschaffen hat, sind diese unter Bedingungen, die ihre gesamte Geschäftsführung der Kontrolle parlamentarischer Ausschüsse unterstellen, den beschäftigten Arbeitern die ihnen durch die Gewerbeordnung wie durch die soziale Gesetzgebung eingeräumten Rechte sichern und ihnen einen angemessenen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewährleisten, zu verschaffen. Ferner ist zur Beaufsichtigung kartellartiger Organisationen ein vom Reichswirtschaftsrat einzugliederndes Kartellamt zu errichten, das die Befugnis hat, in die Geschäftsbücher der Kartellverbände Einsicht zu nehmen und schädlichen Preisverhandlungen entgegenzutreten. Wie den Unternehmen ist auch den Arbeitern eine Vertretung im Kartellamt oder Sachverständigenrat beizufügen, die Kartellamt zu sichern.

Die Aufsicht des Reiches über das Bankwesen ist zu erweitern und durch Ausbau der Reichsbank dieser ein stärkerer Einfluß auf das private Bankgewerbe zu sichern.

VI. Handelspolitische Forderungen.

Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist es erforderlich, daß nach dem Kriege die früheren Handelsbeziehungen mit dem Auslande wiederhergestellt und der deutschen Industrie die Möglichkeit gegeben wird, ihren ausländischen Absatzmarkt zu erweitern. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher, daß bei den Friedensabhandlungen in die Verträge Vereinbarungen aufgenommen werden, die eine Fortsetzung des jetzigen Wirtschaftskrieges verhindern. Ferner sind sofort Vorbereitungen für den Abschluß neuer Handelsabkommen zu treffen, die das bisherige System der Absperrung des deutschen Auslandsmarktes durch hohe Lebensmittelpreise fallen lassen.

VII. Finanz- und Steuerreform.

Der Krieg wird dem Deutschen Reich schwere finanzielle Lasten hinterlassen. Diese so zu verteilen, daß die Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege möglichst wenig gehemmt und jener Teil der Bevölkerung, der durch den Krieg Vorteile erlangt hat, in erster Reihe zur Aufbringung der erforderlichen neuen Steuererträge herangezogen wird, ist die wichtigste Aufgabe einer die große Volkswirtschaft schützenden Steuerpolitik. Zu den Bedingungen einer möglichst ungehemmten Wirtschaftsentwicklung gehört in erster Reihe die Schonung und Stärkung der menschlichen Arbeitskraft als des wertvollsten Teiles des Volkvermögens.

Ausgehend von diesen Grundgedanken fordert die Sozialdemokratische Partei:

Abtragung eines beträchtlichen Teiles der Kriegsschulden durch jährliche Erfassung der in der Kriegszeit entstandenen Vermögenszuwächse;

Erhebung eines nach der Leistungsfähigkeit abzumessenden allgemeinen Schuldentilgungsbeitrages;

reichsrechtliche Ordnung und progressive Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern nach sozial- und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten;

Ausbau der Erbschaftsteuer unter Einbeziehung des Erbes der Kinder und Ehegatten; Erhebung eines Pflichtteils des Reiches bei kinderlosen Erblässern oder solchen mit kleiner Kinderzahl; Einführung des alleinigen Erbrechts des Reiches, wenn nahe erbberechtigte Verwandte nicht vorhanden sind;

Verbreiterung der Steuerlast, die nicht nur nach dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe der Erbschaft, sondern auch nach dem Gesamtvermögen des Erbenden abzumessen ist;

Aufhebung aller Verbrauchsabgaben auf notwendige Nahrungsmittel. — Alle monopolistischen Gewerbebetriebe und das Versicherungswesen sind in die öffentliche Verwaltung zu übernehmen.

VIII. Sozialpolitische Forderungen.

Zur Hebung des durch den Krieg geschädigten Gesundheitszustandes des deutschen Volksvorgers, wie zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft und des Nachwuchses unserer Rasse fordert die Sozialdemokratische Partei:

Ausbau und Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung;

achtstündigen Normalarbeitslag;

grundgesetzliches Verbot der Nachtarbeit unter Harter Umgrenzung der Ausnahmen von diesem Verbot;

durchgreifenden Schutz der Frau vor und nach der Entbindung;

Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren;

Schutz der Jugendlichen, Erweiterung der Jugendsicherung;

Regelung der Wohnungsfürsorge durch ein Reichsgesetz;

Schaffung eines wirklichen Krankenrechts für alle Arbeiter, Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts;

Ausbau und einheitliche Regelung des Einigungsrechts, der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reichsgebiet.

Zur einheitlichen Durchführung der sozialpolitischen Begleitmaßnahmen ist ein besonderes Reichsamt für Sozialpolitik zu schaffen.

Das Wohl der Kriegsschadigten und der Kriegsteilnehmer, deren wirtschaftliche Verhaltisse durch den Krieg gerüttelt sind, wie auch der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen erfordert besondere Maßnahmen.

Den noch teilweise erwerbsfähigen Kriegsschadigten ist nachdringende dauernde Beschäftigung durch die Arbeitgeber auf geschicklichem Wege zu sichern und die Ausnutzung ihrer Kräfte im Arbeitsprozess zu verhütten, den unrentierten Kriegsteilnehmern aber die Wiedererlangung einer für den wirtschaftlichen Grundbesitz zu ermöglichen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher eine von sozialpolitischen Gesichtspunkten getragene verahgemaige Regelung der gesamten Kriegsschadigtenfrage und Neuordnung der Rentenberechtigung unter Schaffung eines Reichsregimes, das dem der Arbeiterversicherung nachzubilden ist.

Es folgt noch ein Punkt IX, der die heute immer wichtiger werdenden kommunalpolitischen Forderungen umfaßt; er stellt die Grundzüge für eine gesunde Finanz- und Steuerwirtschaft, für die Vermehrung und Wahrung der allgemeinen Gesundheitsvorsorge und für das Schulwesen auf. Uns Reichsbehörden können wir diese Forderungen nicht mehr im Einzelnen wiedergeben.

Preisbildung und Preisbestimmung.

Unsere kapitalistische Wirtschaftsweise beruht auf dem Austausch von Gebrauchsgütern und Dienstleistungen. Der eine Mensch gibt dem anderen eine Ware oder leistet ihm einen Dienst und nimmt dafür eine Entschädigung in Anspruch, die natürlich einem Ausgleiche bieten soll für die aufgewandte Arbeit; er will das, was er dem anderen gegeben hat, in anderer Form, aber in demselben Werte, wiederbekommen. Gewöhnlich wird diese Entschädigung in Geld ausgedrückt, und darum spielt der Preis einer Ware oder einer Leistung eine solche wichtige Rolle im menschlichen Verkehr. Da uns allen ein gerechter Austausch ohne Ueberschreitung und Ausbeutung als Ziel vorsteht, so kommt es natürlich darauf an, den richtigen Wert zu ermitteln, um danach den richtigen Preis festsetzen zu können. Schon vor dem Kriege herrschte in unserem Wirtschaftsleben die Macht, eine natürliche Preisbildung durchzuführen und jede künstliche Preissteigerung zu verhindern, und während der Kriegszeit, die alle wirtschaftlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch auf den Kopf gestellt hat, beobachteten wir das angelegentlichste Bemuhren der Behörden, durch Preis- und Preisbestimmungen die notwendige Höhe der Preise zu ermitteln und durch amtliche Festsetzung der Preise dem Wucher entgegenzuarbeiten. Auch nach Beendigung des Krieges, in der Uebergangszeit wie in der Friedenswirtschaft, erscheint es unabhängig, eine Preisregelung vorzunehmen, um die Verbraucher gegen die Ausbeutung durch Erzeuger und Händler nach Möglichkeit zu schützen.

Die Notwendigkeit einer gerechten Preisfestsetzung zeigt sich besonders deutlich in der Kriegswirtschaft, die wir gegenwärtig durchmachen. Es wird ein erlaubt und unerlaubt Preiswucher getrieben, der geradezu himmelstreichend ist. Bei der Beobachtung der ungeheuren Steigerung auf der einen Seite und der ungeheuren Kassenarmut auf der anderen Seite wird ohne weiteres zugegeben werden müssen, daß eine viel zu hohe Spannung besteht zwischen dem Wert der Waren und den gezahlten Preisen. Wenn wir, um nur ein paar Beispiele herauszugreifen, die Preise, die wir für Konjerven, Säure und Schuwaren zahlen müssen, mit den Dividenden vergleichen, die die Konjerven-, Säure- und Schuwarenfabriken ihren Aktionären zahlen können, so fühlen wir inständig, daß hier ein Verhältnis vorhanden ist, das die Enttäuschung eines jeden anständigen Menschen hervorruft. Und wenn im Monatslage über die Millionen-gewinne der Dampferwerke geschimpft wird, so bedient die Militärbehörde den Kommand, daß sie die Erzeugnisse dieser Firma eben viel zu teuer bezahlt hat. Das ist ja der größte Mangelstand in dieser Kriegszeit, daß die Behörden nicht auf den Preis sehen, wenn sie nur die notwendigen Sachen bekommen, und daß die kaufkräftigen Bevölkerungsklassen jeden Preis zahlen, der gefordert wird. Dadurch steigen die Preise immer höher, der Staat gerät immer tiefer in Schulden, und die große Masse des Volkes muß sich den Hungererimen immer fester schenken.

Bestimmlich besteht ein Interessengegensatz zwischen dem, der eine Ware verkauft und dem, der sie kaufen will. Der Verkäufer erstrebt einen hohen Preis, der Käufer einen niedrigen; ersterer will für viel Geld wenig Ware geben, letzterer will für wenig Geld viel Ware haben. Hier einen gerechten Ausgleich zu schaffen, die mittlere Linie zu finden, auf der sich das Interesse beider Parteien begegnet, das ist die schwierige, aber dankbare Aufgabe einer Preispolitik. Nicht das Interesse der Erzeuger allein soll gehört werden, wie es vor dem Kriege in der Produzentenpolitik der Reichsregierung und der Parlamente geschah, auch soll keine einseitige Konsumentenpolitik getrieben werden, wie dies während des Krieges vielfach geschehen wurde, es soll vielmehr nach dem Grundsatz: „Leben und leben lassen!“ eine Annäherung beider Gruppen herbeigeführt werden. Daß dies nicht leicht ist und daß sich diese Aufgabe nicht von heute auf morgen lösen lat, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Wenn eine solche Lösung zum Heile unserer Volksgemeinschaft gefunden werden soll, so gehört dazu, abgesehen von dem guten Willen und dem Entgegenkommen beider Parteien, eine grundsatliche Einsicht in die Gesetze unseres Wirtschaftslebens und ein volles Verständnis für die Erziehrat, die in unserer Wirtschaftsweise tätig ist. Vor allen Dingen gehört auch dazu die Erkenntnis, daß es nicht möglich ist, die Preise willkürlich durch eine Behörde festzusetzen, sondern daß man sich beschränken muß auf eine organisatorische Beeinflussung der Warenpreise. Der Krieg hat uns gelehrt, daß eine künstliche Preisfestsetzung vor der Wirklichkeit nicht standhält, sondern jenseitig durchbrochen wird.

Leider liegt unser Wissen von den Gesetzen der Preisbildung und Preisbestimmung noch sehr im argen. Wir wollen wohl inständig sein, wie sich die Warenpreise in einem Lande und in einem bestimmten Zeitabschnitt entwickeln,

aber wir können nichts Gewisses darüber sagen, worin das Schwanken der Preise, das Auf- und Absteigen, seine eigentliche Ursache hat. Das bekannte Gesetz von Angebot und Nachfrage erklärt uns dies Schwanken nur ganz oberflächlich, indem es die Preissteigerung auf eine starke Nachfrage und die Preisfallung auf ein starkes Angebot zurufuhrt; aber dies allein gibt uns noch keinen Aufschluß darüber, wie denn eigentlich die Preise gebildet werden und wie in einem gegebenen Falle der gerechte (der wertsteuende) Preis zu ermitteln ist. Es spielen nämlich neben Angebot und Nachfrage auch noch andere Faktoren eine Rolle, unter denen nur die Herstellungskosten einer Ware, ihren größeren und geringeren Geschatzenswert, den Geschmack und die Neigungen der Verbraucher, die mehr oder minder starke Geschlossenheit der Erzeuger, die Schwankungen der Konjunktur und anderes hervorzuheben. Aus all diesen verschiedenen, miteinander und gegeneinander wirkenden Ursachen entsteht auf dem freien Warenmarkte der Durchschnittspreis einer Ware, der auch noch nach oben und unten hin schwankt, weil die Spekulation ihn günstig oder ungünstig beeinflusst.

In normalen Zeiten, die wir ja alle erhoffen, muß jegliche Spekulation und die daraus entspringende Preiswuchererei oder Preisdruckerei beseitigt und es muß verhindert werden, daß Kufer und Verkäufer sich gegenseitig zu uberworteilen können. Der Grundsatz: „Nehmen das Seine!“ muß als Banner über unserem Wirtschaftsleben schweben, damit die Interessen der Warenbesitzer und der Warenverbraucher in gleicher Weise gehört bleiben. Zu dem Zwecke ist es notwendig, die Herstellungskosten der verschiedenen Waren möglichst genau zu ermitteln und sie zur Grundlage der Preisberechnung zu nehmen. Das kann am besten geschehen durch ein jahrelanges Zusammenwirken von Verbrauchern und Erzeugernorganisationen, das schließlich in Vereinbarungen und Verträgen seinen Abschluß findet. Es erscheint aus-gezeichnet, daß man die Preisfestsetzung dem freien Spiel der Kräfte und die Preisfestsetzung den Behörden überlassen kann; die auf dem Grundsatze der freiwilligen Organisation beruhenden wirtschaftlichen Gebilde sind die besten und auch geeigneten Stellen, das Gleichgewicht auf dem Warenmarkte herzustellen. Nicht in der juristenlosen Kammergerichts- und Kapitalismus, noch in dem verfaerten Bureaucratismus anderer Regierungen liegt das Heil unseres Wirtschaftslebens und die Möglichkeit eines gerechten Warenaustausches, sondern in dem genossenschaftlichen Zusammenarbeiten aller Volksschichten. Denn hier werden alle Kräfte zum guten Freigedank, die Unternehmungskraft wird gehört, das Verantwortlichkeitsgefühl wird gestärkt und das Interesse der Gesamtheit und jedes einzelnen wird gewahrt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Localbeitrage. Den Zahlstellen Regensburg und Halle a. d. S. wird auf Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Localbeitrages von 5  in allen Beitragsklassen, mit Ausnahme der 20- und 40--Klasse, erteilt.

Der Zahlstelle Breslau wird auf Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Localbeitrages von 5  in allen Beitragsklassen, mit Ausnahme der 20--Klasse, erteilt.

Der Zahlstelle Berlin wird auf Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Localbeitrages von 5  auf die 40--Klasse und 10  auf die übrigen Beitragsklassen, mit Ausnahme der 20--Klasse, erteilt.

Die Zahlstellen, welche mit Inkrafttreten des neuen Statuts die bestehenden Localbeitrage beibehalten oder die Erhebung von Localbeitragen beschließen, müssen unter allen Umständen beim Verbandsvorstand die Zustimmung einholen.

Verbandsstagsprotokoll. Der Beschluß des Gesamtvorstandes, daß infolge der enorm hohen Druckkosten und Papierpreise das Verbandsstagsprotokoll nicht mehr unentgeltlich an die Mitglieder verabsolgt werden kann, wurde den Zahlstellen im Mundschreiben Nr. 2 mitgeteilt. Das Protokoll wird zum Preise von 50  an die Mitglieder verabsolgt. Im Versandhandel und für Nichtmitglieder loet es 4 . Bestellungen sind von den Zahlstellen baldigst an den Verbandsvorstand anzugehen. Für die Mitglieder beim Militär rechnen die Zahlstellen die Beurlaubungen entgegen. Einzelbeurlaubungen werden auch vom Verbandsvorstand gegen vorherige Einwendung von 70  (einschlieflich Porto) entgegengenommen.

Der Verbandsvorstand.

J. A. Josef Diemeier, Vorsitzender.

Leitung.

Vom 3. bis 8. Juni gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:
Für Mainz: Lunenburg M. 32,80, Coburg 15,32, Oldenburg 28,90, Dillfeldorf 76,75, Landda 44,90, Lubek 157,57, Schramberg 14,79, Dessau 21,23, Bemburg 39,88, Rudolfsstadt 25,09, Eisenach 21,92, Bremen 354,61, Götting 74,20, Almenau 44,20, Bayreuth 40,22, Gottha 80,29, Furthberg 34,64, Landsbut 145,88, Hannover 503,34, Weisig 498,27, Magdeburg 629,09, Stendal 12,80, Saarlunden 72,90.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. H. Grattenberg M. 1, C. W. (im Felde) 1, F. W. König 24,50.
Für Abonnements und Annoncen: Kampverein Düren M. 3, H. und W. Hamburg 35,10, Magdeburg 7,50.

Für Geschichte der Watter- und Konditorenbewegung: Bremen M. 3, Gottha 15.

Der Hauptkassier: D. Freitag

Aus den Bezirken.

Wiesbaden. Unsere Bureaufunden sind von dem an wie folgt festgesetzt: Montag, Mittwoch, Samstag abends von 7 bis 8 Uhr.

Sterbetafel.

Berlin. Karl Prittschow, Bücker, 52 Jahre alt, gestorben am 2. Juni.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Berlin meldet als gefallen:
Karl Mahr, Bücker, 37 Jahre alt;
Albert Baschke, Bücker, 33 Jahre alt;
Franz Spickermann, Bücker, 34 Jahre alt;
Emil Barth, Bücker, 30 Jahre alt;
Felix Günther, Schokoladenarbeiter, 32 Jahre alt;
Felix Hagedorn, Bücker, 35 Jahre alt;
Artur Reisdorf, Bücker, 29 Jahre alt;
Robert May, Bücker, 42 Jahre alt.

Bezirk Bremen. Robert Brummert (Bremerhaven), 35 Jahre alt, gefallen am 6. Mai.

Bezirk Chemnitz. Alfred Uhlig, Bücker, 20 Jahre alt.

Bezirk München meldet als gefallen:
Wilhelm Scharer, Konditor, 42 Jahre alt;
Hans Steindl, Bücker, 40 Jahre alt;
Ludwig Zirngibl, 28 Jahre alt;
Martin Brillmeier, 22 Jahre alt;
Alois Huska, 19 Jahre alt.

Bezirk Regensburg meldet als gefallen:
Karl Hansbauer (Landshut), 32 Jahre alt;
Eduard Holzmann (Landshut), 37 Jahre alt;
Ludwig Hirlwammer (Landshut), 22 Jahre alt.

Bezirk Wiesbaden meldet als gefallen:
Emil Mullinger, 26 Jahre alt;
Karl Schott, 28 Jahre alt.

Ehre ihren Andenken!

Aus unserm Bezirke.

Grofabrikant.

Die Süßwarenindustrie hat für Juni noch keinen Zucker überwiesen erhalten und ist somit wieder einmal in Produktionschwierigkeiten geraten. Es ist leider so gekommen, wie wir befürchteten: die Mehrzuweisung von Zucker an die Bevölkerung, die als Ersatz für die Brotverfahrung erfolgen soll, will man bei der Süßwarenindustrie mocher zum Ungleich bringen. Wir mögen noch immer die Behauptung, daß eine solche Maßnahme ungerechtfertigt und unnötig ist; denn es liegen noch immer Meldungen über große Lager von Rohzucker vor. Zu dem unter den jetzigen Sommerverhaltissen es wirklich nicht möglich, die Kaffeemilch etwas besser mit Kohlen zu versehen, damit nicht immer wieder mehrere Tausende von fleißigen Händen, die heute noch in der Süßwarenindustrie beschäftigt sind, zu ihrem Schaden brachgelegt werden müssen?

Die neue Kaffeezolle. Die uns bisher noch nicht genau bekannt gewesenen Wünsche der Fabrikanten in bezug auf Neuregelung der Zölle für Rohzucker sowie für Halb- und Fertigfabrikate werden jetzt in der Fachpresse besprochen. Es heißt, daß die Industrie nicht nur die von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhungen des Zolles gutheien, sondern daß sie darüber hinaus einzelne Bestimmungen noch ganz besonders erhöht würden möchten. Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung, aus der die auf den Warengruppen liegende gegenwärtige Belastung für 100 kg sowie die neuen Vorschläge der Regierung und die Forderungen der Fabrikanten ersichtlich sind.

Warenart	Zoll	Neue Zollsatzvorschlage	
		der Regierung	der Fabrikanten
63 Rohzucker, auch Bruch	20	50	50
63 Gehammte Kaffeebohnen, in der Schale	35	70	70
63 Gehammte Kaffeebohnen, geschält u. gereinigt (Stern u. Kernducke)	65	90	110
203a Kaffeebohnen, roh und gebrannt	12	25	25
168 Kaffeebohnen, gemahlen	65	100	140
203a Kaffeebohnen (Kaffeebohnen)	35	?	80
203a Kaffeebohnen	65	100	120
203b Kaffeebohnen	65	100	140
204a Schokolade, allgemein	80	140	140
204b Schokolade, allgemein	50	?	110
204c Waren aus Kaffeebohnen, Kaffeebohnen und Schokolade	80	140	140
203b Schokoladenpulver: wenn mechanisches Gemenge von Zucker und Kaffeebohnen	65	100	140
204a wenn gemahlene Schokolade allgemein	80	140	140
204b wenn gemahlene Schokolade allgemein	50	?	?

In der zugehörigen Kommission des Reichstages sind jedoch die vorgeschlagenen Erhöhungen bisher abgelehnt worden.

Konferenzen.

Sied. In der Mitgliederversammlung am 5. Juni gab Kollege Rugheim einen ausführlichen Bericht vom Verbandsstags. Die Verhandlung erlote sich mit Veränderungen im Beitrags- und Unterstutzungsamalen einverstanden; auch die Schaffung eines Rates wird gutgeheißen. Eine regere Debatte entspann sich über die freiwillige Beitragsleistung unserer beim Militär stehenden Mitglieder. Während einige Redner diesen Vorschlag begrenzten, erklärten andere einen moralischen Zwang für die betreffenden Kollegen. Der Rät der Kollegen Mannmann vom letzten Jahre als erster Vorsitzender wird lebhaft bedauert. Zum Punkt 2 der Tagesordnung gelang es Kollege Rugheim

noch einer positiven Aufnahme nachzuweisen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Kleindarstellern...

München. Unsere Jahrsliste hielt am 1. Juni im Hofischen Hof eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, wo der Bericht des Vorstandes...

Gewerkschaftliche Kundgebung

Eine Hochachtung im Reichsverband über die Freigabe der Beiträge und Hinterlassungen hat die Vorstandsversammlung...

1. Eine außerordentliche Generalsammlung der Bader am 27. Mai bis 1. Juni in München. Der Bericht des Vorstandes über die letzten fünf Jahre...

Die Diskussion über diesen Punkt dauerte über zwei Verhandlungstage hin. In einer einstimmig angenommenen Resolution...

Da die geschlossene Sitzung wurde im Hinblick auf die Besetzung der Zeitungen nach einer sehr umfangreichen Debatte...

einstimmig eine Resolution an, in der sie die Zahlung des vom Deutschen Buchdruckerberuf geforderten Schadenersatzes...

Zu dem Punkt: „Maßnahmen beim Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft“ hielt Graßmann ein großzügiges Referat...

Bei der Besprechung des Verhältnisses zu der Generalkommission wurde, besonders von Berliner Delegierten, der Beitritt der Generalkommission zum Bund...

Statutenänderungen wurden nicht vorgenommen. Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand des sechsten Verhandlungstages bildete die Neuwahl der Verhandlungsleitung...

Der Aufstieg der ungarischen Gewerkschaften. Die Kainammer des ungarischen Gewerkschaftsblattes „Szabazterbezet Ertesito“ bringt die erfreuliche Mitteilung, daß die Zahl der organisierten Arbeiter in Ungarn im Jahre 1917 auf 215 222 angewachsen ist...

Von den 215 222 organisierten Gewerkschaftlern waren 166 411 Männer und 48 811 Frauen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich vervierfacht...

Einnahmen und Vermögen der Gewerkschaften sind im Verhältnis zur Mitgliederzahl angewachsen. Das Gesamtvermögen betrug Ende 1917 rund 5 1/2 Millionen Kronen...

In neuerer Zeit macht die Organisationsarbeit auch erhebliche Fortschritte unter den Straßenbahnern, Staats- und Gemeinbediensteten und Laborkraftmaschinen...

Eingegangene Bücher und Schriften

Demokratie und Freiheit. Eine Untersuchung über das parlamentarische System und seine Wirkungen in den westlichen Kulturstaaten. Von Julian Borchardt.

Spätestens am 15. Juni ist der 25. Wochenbeitrag für 1918 (16. bis 22. Juni) fällig.

Mitglieder bzw. öffentliche Versammlungen. Donnerstag, 20. Juni. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Platz 42/44.

Anzeigen. Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Huls Verlass, Schneiderstr. Heugasse 2, 1. Et.

Nachruf. Dem Weltkriege fielen folgende unserer Mitglieder zum Opfer: Karl Mahr, Albert Baschke, Franz Spickermann, Emil Barth, Felix Günther, Felix Hagedorn, Artur Reisdorf, Robert May, Karl Pritschow.

Nachruf. Der unerbittliche Weltkrieg forderte als weiteres Opfer aus unsern Reihen den Kollegen und langjährigen Kassierer Robert Brünner.

Nachruf. Wieder hat uns der Weltkrieg schmerzliche Opfer gefordert. Es fielen: Karl Hansbauer, Eduard Holzmann, Ludwig Hirlwimmer.

Nachruf. Als Opfer des Weltkrieges fielen die Kollegen: Wilhelm Scharer, Hans Steindl, Ludwig Zirngibl, Martin Ertlmeier, Alois Huska.

Gegen bar ab Standort zu kaufen gesucht National Kontrollkasten Angebote unter J. A 12348 an Exp. d. Bl.

„Kuchencrutsch“ beibewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probeflos M. 7,50, von 5 kg an à M. 7.